POTSDAMS ANDERE SEITEN

LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE FEBRUAR 2025 | 21. JAHRGANG

Die letzten Jahre waren hart. Lebensmittel, Miete, Gas und Strom: Alles ist teurer geworden. Immer mehr Menschen müssen sparen. Auch wer es etwas besser hat, spürt die steigenden Preise. Statt sich um die Sorgen der Menschen zu kümmern, haben sich die Ampel-Parteien gestritten. Friedrich Merz plant als Kanzler massive soziale Einschnitte. Doch wir haben einen anderen Weg: Lautstarke Opposition. Wir kämpfen für eine gerechtere Zukunft – mit einem Mietendeckel, Steuererleichterungen für die Mehrheit statt für Reiche und Investitionen in Klimaschutz & Bildung statt Aufrüstung. **Wähle am 23. Februar: Die Linke!**

Die Linke mit Kampfgeist und „Silberlocken“

Parteiveteran und „Silberlocke“ Gregor Gysi hat den Kampfgeist der Linkspartei beschworen. "Die Linke ist nicht kaputt-zubekommen", sagte er auf dem Linken-Parteitag am 18. Januar 2025 in Berlin.
Weiter teilte Gysi auch Seitenhiebe gegen andere Parteien aus. Und er fügte hinzu: "Wir haben viele Konkurrenten, aber nur einen Gegner - und der heißt AfD."

SEITE 2

Wir kämpfen für eine gerechtere Gesellschaft

„Ich will die Probleme an der Wurzel packen“ und „So geht es nicht weiter“ – das betont Isabelle Vandre, die als Direktkandidatin der Linken für den Wahlkreis 61 UND auf Listenplatz 2 der Liste der Brandenburger Linken antritt. „Potsdams andere Seiten“ sprach mit ihr über ihre Motivation, ihren Frust über Olaf Scholz und Annalena Baerbock und was sie gegen die Wohnungskrise unternehmen will.

SEITE 3

RATHAUS REPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam

Wie weiter mit der Wärmewende?, fragen wir im Zusammenhang mit den Problemen bei der Finanzierung des klimaneutralen Ersatzes für das Heizkraftwerk Süd. Des weiteren wurde der OB beauftragt, in Sachen Erhalt des Regattahauses Luftschiffhafen und in Fragen des Wohnungsleerstandes in Potsdam aktiv zu werden. Außerdem lesen Sie Berichte und wichtige Termine für den Februar 2025

SEITEN 4 und 5

Wir brauchen eine starke Linke im Bundestag

„Ich wünsche der Linkspartei und uns allen einen mutigen und lauten Wahlkampf für eine gerechtere Gesellschaft, für gleiche soziale Rechte für alle Menschen weltweit. Lasst uns gemeinsam, solidarisch und stets auch offen selbstkritisch auf unserem Weg in eine herrschaftsfreie und friedlichere Welt weitergehen“ so der bekannte Liedermacher Konstantin Wecker (FOTO) in seinem persönlichen Wahlaufruf.

SEITE 8

Gysi auf dem Weg zum Alterspräsidenten

Parteiveteran und „Silberlocke“ Gregor Gysi hat den Kampfgeist der Linkspartei beschworen. "Die Linke ist nicht kaputtzubekommen", sagte er auf dem Linken-Parteitag am 18. Januar 2025 in Berlin. Dabei lobte er explizit die Leidenschaft der jungen und neuen Mitglieder. Unter dem Zeitdruck der vorgezogenen Bundestagswahl werde man "aktiver, schneller und effizienter", fügte Gysi hinzu.
Aufgabe der Opposition sei es, den Zeitgeist zu verändern. Als Beispiel nannte er den gesetzlichen Mindestlohn. Für den habe es noch keine Mehrheit gegeben, als seine Partei angefangen habe, ihn zu fordern. Ohne die Linkspartei würden linke Argumente in den Parlamenten, Medien und der Gesellschaft fehlen.
Weiter teilte Gysi auch Seitenhiebe gegen andere Parteien aus. "Wir haben schon acht oder neun Kanzlerkandidaten, wir brauchen keinen weiteren", sagte er. "Denn wir wollen uns im Unterschied zu anderen nicht lächerlich machen." Jedoch fügte er hinzu: "Wir haben viele Konkurrenten, aber nur einen Gegner - und der heißt AfD."
Zudem kritisierte er, dass es zu wenig Anerkennung für die Leistungen der Menschen in Ostdeutschland gegeben habe und weiterhin gebe. Bei einem Wiedereinzug in den Bundestag will der 77-Jährige Alterspräsident des Parlaments werden. Das sei als Ostdeutscher eine besondere Leistung. Seit der 19. Legislaturperiode wird das nicht mehr der an Lebensjahren älteste, sondern der dienstälteste Abgeordnete. Gysi hatte bekanntlich zusammen mit den langjährigen Linke-Politikern Dietmar Bartsch und Bodo Ramelow die „Mission Silberlocke“ angekündigt: Sie bewerben sich bei der vorgezogenen Bundestagswahl im Februar jeweils um ein Direktmandat.

Gregor Gysi auf dem Parteitag am 18.01.2025 © *dts*

dts/b.m.

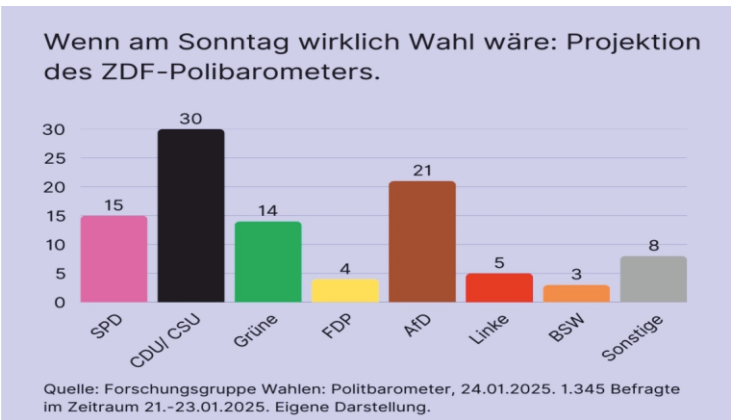
Linke mit doppelter Absicherung

Und wenn die Linke doch keine Fünf Prozent holt? Ist meine Stimme dann futsch?

Selbst wenn wir bundesweit noch nicht wieder bei fünf Prozent landen, Die Linke ist vorbereitet: Denn drei direkt gewonnene Wahlkreise sind so gut wie sicher. Gregor Gysi und Ines Schwerdtner in Berlin, Sören Pellmann in Leipzig und Bodo Ramelow in Erfurt haben alle sehr gute Chancen bei sich vor Ort zu gewinnen. Und wenn Die Linke drei Direktmandate holt, zieht sie auf jeden Fall als Fraktion in den Bundestag ein. Das heißt JEDE Stimme zählt, denn bei drei errungenen Direktmandaten, erhält die Partei Sitze im Bundestag entsprechend ihres Gesamtstimmenanteils. Auf diesen Anteil wird dann aufgefüllt (so wie sonst auch). Eine Stimme für Die Linke ist also immer eine nützliche Stimme für Soziale Gerechtigkeit und außerdem die einzige sichere gegen Friedrich Merz.

Linke legt in Umfragen zu

Die Linke kann ihren Aufwärtstrend fortsetzen. In der aktuellen Projektion der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag des ZDF kommt die Partei erstmals seit Oktober 2023 wieder auf 5 %. Die Linke legt damit einen Prozentpunkt im Vergleich zur letzten Umfrage vom 10. Januar zu. Auch in Umfragen anderer Institute stiegen die Werte der Linken zuletzt.



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer, 24.01.2025. 1.345 Befragte im Zeitraum 21.-23.01.2025. Eigene Darstellung.

Impressum

HERAUSGEBER
„medienPUNKTpotsdam“ – BERND MARTIN,
Springbruch 16,
14558 Nuthethal,
OT Bergholz-Rehbrücke.
REDAKTION
Bernd Martin (v.i.S.d.P.), Chefredakteur; Isabelle Vandre, Steffen Lehnert, Konstantin Gräfe
AUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion
Die nächste PaS erscheint am 13. März 2025

LAYOUT
Olaf Dettmann
TELEFON der Redaktion
0157/ 84 95 76 55
E-MAIL
info@medienpunktpotsdam.de
BANKVERBINDUNG
Mittelbrandenburgische Sparkasse,
Kt.-Nr.3508020699,
BLZ 160 500 00
BILDAUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion/ Archiv
DRUCK Nordkurier Druck GmbH & Co. KG

Isabelle Vandre im Interview:

„Ich will die Probleme an der Wurzel packen“

Isabelle Vandre ist die Direktkandidatin der Linken für den Wahlkreis 61 und kandidiert auf Listenplatz 2 der Liste der Brandenburger Linken. Potsdams andere Seiten sprach mit ihr über ihre Motivation, ihren Frust über Olaf Scholz und Annalena Baerbock und was sie gegen die Wohnungskrise unternehmen will.

PAS: *Du hast Dich entschieden für den Deutschen Bundestag zu kandidieren, obwohl Die Linke schon mal bessere Zeiten erlebt hat. Warum?*

Isabelle Vandre: Weil es sonst keine politische Kraft im Bundestag gibt, die sich mit den Reichen anlegt. In den letzten Jahren ist das Leben unbezahlbar geworden, und zwar nicht, weil das ein Naturgesetz wäre. Nein, die Mieten und Preise wurden erhöht und große Konzerne haben daran mächtig kassiert. Da braucht es eine politische Kraft, die nicht auf die nächste Regierung schielt, sondern die Probleme an ihrer Wurzel packen und lösen will. Mit einem bundesweiten Mietendeckel, der Wiedereinführung der Vermögenssteuer und indem wir die Eigentumsfrage stellen! Das macht nur Die Linke.

PAS: *Nicht nur in Potsdam explodieren die Mieten seit Jahren. Doch keine der vergangenen Bundesregierungen ist das Problem ernsthaft angegangen. Die Linke hat Mieten dagegen zu ihrem Schwerpunktthema gemacht. Was will Die Linke erreichen?*

Isabelle Vandre: Wenn wir die Wohnungskrise lösen wollen, dann müssen wir mutig sein. Bisherige Maßnahmen wie die Mietpreisbremse waren eher kosmetischer Natur und haben den massiven Anstieg der Mieten nicht gestoppt. Als Sofortmaßnahme brauchen wir einen Mietendeckel. Das heißt, Mieterhöhungen müssen für die nächsten sechs Jahre ausgeschlossen und in besonders angespannten Wohnlagen die Mieten abgesenkt werden. Die Zeit müssen wir dann für ein ganzes Maßnahmenbündel nutzen.

PAS: *Welche Maßnahmen schweben Dir da vor?*

Isabelle Vandre: Grundsätzlich alles, was Spekulation unterbindet und den sozialen Wohnungsbau stärkt. Dazu gehört die Stärkung der Wohngemeinnützigkeit. Mittelfristig wollen wir 30 Prozent gemeinnützige Wohnungen. Dazu müssen Anreize geschaffen werden. Wichtig ist auch die Stärkung von Sozialbindungen: Da wo öffentliches Geld reingeflossen ist, dürfen die Sozialbindungen nicht einfach nach 30 Jahren auslaufen, sondern müssen dauerhaft wirken. Und wir müssen den Leerstand bekämpfen – denn rund zwei Millionen Wohnungen stehen leer, weil sie als Wertanlage missbraucht werden. Und letztlich müssen wir der Spekulation durch Großkonzerne einen Riegel vorschieben: Das heißt, wir wollen die Überführung von Immobilienkonzerne mit mehr als 3.000 Wohnungen in öffentliches Eigentum.

PAS: *Du wirfst Olaf Scholz und Annalena Baerbock, die ja beide ebenfalls im Wahlkreis 61 antreten, vor, dass sie sich nicht um die Probleme der Menschen in Potsdam kümmern. Was meinst Du konkret?*

Isabelle Vandre: Weder Annalena Baerbock noch Olaf Scholz sind für die Menschen im Wahlkreis wahrnehmbar und offenbar interessieren die beiden sich auch nicht für die hiesigen Probleme. Dabei müssten sie nur aufmerksam durch Potsdam gehen, um zu sehen, dass ihre Politik in den letzten Jahren komplett versagt hat. Potsdam ist die Stadt, in der die Preise bei den Neuvermietungen bundesweit am meisten gestiegen ist. Die Kinderarmut, aber auch die Armut von Senior:innen steigt massiv: Die Tafel, die AWO und andere Sozialträger schlagen seit Monaten Alarm. Olaf Scholz hat sich selbst vor drei Jahren als Mietenkanzler inszeniert, hat aber nichts getan. Selbst die schwache Mietpreisbremse wurde nicht verlängert. Das macht mich wahnsinnig wütend und zeigt: So geht es nicht weiter!

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam | Ausgabe Februar 2025

Wie weiter mit der Wärmewende?

Wie die EWP bei einem Runden Tisch Wärmewende vor wenigen Tagen bekannt gab, gibt es Probleme bei der Finanzierung des klimaneutralen Ersatzes für das Heizkraftwerk Süd. So ist es wohl möglich, dass die zeitliche Aufteilung des Gesamtprojektes Wärmewende in 2 Phasen nicht möglich ist, weil sich sonst die Bedingungen der Finanzierung, sprich der Sicherung des Fremdkapitals, arg verschlechtern würden. Daher war es nur folgerichtig, dass Linke, Grüne, aNDERE einen Antrag an die SVV auf den Weg gebracht haben, der die Verwaltung auffordert, bis zum 31.März 2025 die Gesamtfinanzierung sicherzustellen. Hier gibt es 2 Möglichkeiten, um das Eigenkapital für die Kreditaufnahme zu stärken. Die Stadt verankert in ihrem nächsten Haushalt, 4,6 Mill. € für die Stadtwerke oder die Stadtwerke erhöhen Gebühren u.a. für Schwimmbäder, senken Angebote qualitativ ab, bei Bus und Bahn vergrößern sich Takte und Streckenkürzungen stehen zur Debatte. Allerdings sind die Defizite bei der Bäderlandschaft und dem VIP enorm gestiegen und auch der millionenschwere Ausbau der Tramstrecke nach Krampnitz erschwert die Herausforderung zusätzlich. So wird es wohl auf eine Finanzierung durch den städtischen Haushalt hinauslaufen.
Egal, welche Schritte zur Finanzierung und Ermöglichung der notwendigen und unabdingbaren Wärmewende gegangen werden, es wird voraussichtlich zu erheblichen Einschnitten im sozialen und kulturellem Angebot der Landeshauptstadt sowie der Qualität der Angebote seiner kommunalen Unternehmen (SWP, VIP und EWP) kommen.

Michél Berlin

Kampf dem Wohnungsleerstand

Leerstehende, sanierungsbedürftige Häuser und Wohnungen in Potsdam kennen wir alle. Bekannte Beispiele sind die Charlottenstr. 12, Behlertstr. 36, Zeppelinstr. 134 und 153, Berliner Straße 142, Rudolf-Breitscheid-Str. 53, 73 und 84 sowie das vor Jahren von der Stadt verkaufte Deputantenhaus in der Ribbeckstraße. Trotz massiver Wohnungsnot stehen zahlreiche Mietwohnungshäuser in Potsdam seit Jahren leer und vergammeln. Dagegen gibt es das gesetzliche Mittel des Instandsetzungsgebotes, welches aber bisher in Potsdam noch keine Anwendung fand.
Am 22. Januar hat die Stadtverordnete Anja Günther einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht, dass der OB beauftragt werden soll, sich aktiv gegen den Wohnungs leerstand einzusetzen, indem das gesetzliche Instandsetzungsgebot für sanierungsbedürftige Wohnungen bzw. Wohngebäude angeordnet wird. Dazu soll sich der OB an die neue Landesregierung Brandenburg wenden, um die dafür notwendige Rechtsverordnung zu erwirken. Die alte Landesregierung hat gegen diese Rechtsverordnung trotz mehrfacher Anträge der Landtagsfraktion der Linken gemauert.
Für die landesweite Rechtsverordnung und den Kampf gegen spekulativen Wohnungsleerstand braucht es eine brandenburgweite Initiative. Dieser Antrag könnte auch Anstoß für uns Linke sein, anlassbezogen alle Brandenburger Akteure an einem Tisch zu bringen, um die notwendige Unterstützung zu beschaffen sowie noch stärker den notwendigen politischen Druck der Mieter:innen zu organisieren.

Anja Günther

Regattahaus sanieren

Auf Antrag unserer Stadtverordneten Anja Günther, hat am Mittwoch die SVV zugestimmt, dass der OB beauftragt wird, sich dafür einzusetzen, dass der Eigentümer des Regattahauses prüft und klärt, wie ein tragfähiges, denkmalgerechtes Sanierungskonzept für das Regattahaus am Luftschiffhafen aussieht. Das denkmalgeschützte Haus ist seit Jahrzehnten in einem stark sanierungsbedürftigen Zustand sowie leerstehend, was vielfach beklagt wurde. Wiederholt wurde der Wunsch geäußert, das Gebäude zu sanieren und der Bevölkerung wieder öffentlich zugänglich zu machen. Die Untere Denkmalschutzbehörde steht in regelmäßigem Kontakt mit dem Eigentümer, um Substanzverluste zu verhindern. Für eine Instandsetzungsplanung bedarf und fehlt es jedoch an einem tragfähigen und denkmalgerechten Nutzungskonzept. Bezüglich der Entwicklung eines tragfähigen Nutzungskonzeptes für das Regattahaus soll die Geschäftsführung des Kongresshotels mit eingebunden werden.

Wichtig ist, dass dieser Antrag der Einstieg ist, alle Akteure an einem Tisch zu bringen und das Regattahaus vor Verfall zu retten und der Allgemeinheit zugänglich und nutzbar zu machen.

Michél Berlin

Abwahl des Potsdamer Oberbürgermeisters Mike Schubert (SPD) offiziell eingeleitet

Das Abwahlbegehren gegen Oberbürgermeister Mike Schubert (SPD) ist nun offiziell im Gange.
Am 22. Januar stellte der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung offiziell fest, dass mindestens eine einfache Mehrheit der Stadtverordneten den Antrag unterschrieben hat. Von jetzt an beginnt die Abkühlphase.

In der April-SVV wird über den Antrag abgestimmt. Sprechen sich mindestens zwei Drittel für eine Abwahl aus – was sehr wahrscheinlich ist – dann werden aller Voraussicht nach am 25. Mai die Bürger:innen über Schuberts Zukunft entscheiden.

FRAGE I ANTWORT

Information zum ehemaligen Restaurant Viktoria-Garten/Kino Charlott

Bereits 2023 beschlossen die Stadtverordneten, dass zeitnah eine Informationsveranstaltung für die Nachbarschaft des zunehmend verfallenden Viktoria-Garten/Kino Charlott stattfinden solle. Die Stadt soll über die Sanierung und den geplanten Umbau berichten. Die Stadtverordnete Anja Günther hat sich nach dem aktuellen Stand erkundigt: leider verweigert der Besitzer jegliche Gespräche.

Digitale Passbilder im Bürgerservice

Momentan kostet es die Bürgerin 7€ im Bürgerservice Passbilder anfertigen zu lassen. Ein stattlicher Preis. Dabei stellt die Bundesdruckerei ab diesem Jahr ein für die Stadt kostenloses „Lichtbilderfassungssystem“ zu Verfügung. Hiermit belaufen sich die Kosten für digitale Passbilder auf nur etwa 5€. Auf Nachfrage des Stadtverordneten Tobias Woelki, gab die Verwaltung bekannt, dass die Stadt nach Auslaufen der bestehenden Verträge vermutlich im Sommer 2027 auf die Bundesdruckerei umsteigen werde.

BESCHLOSSEN

Nutzung der leerstehenden Werkhalle am Luftschiffhafen

Mit vereinzelten Änderungen aus den Ausschüssen wurde auch ein Prüfantrag zur Nutzung der frei- und leerstehenden Werkhalle am Luftschiffhafen beschlossen. Hier wäre eine gemeinwohlorientierte Nutzung, etwa durch den Stadtsportbund oder den Stadtjugendring wünschenswert – fehlt es doch weiterhin an Freiflächen für Kinder und Jugendliche in Potsdam.

Geschwindigkeitsdisplays für mehr Verkehrssicherheit

Wie die letzte PAS berichtete, mussten Dialogdisplays zur Erhöhung der Verkehrssicherheit bisher wöchentlich den Standort wechseln. Dank eines Antrags der Fraktion Die Linke hat diese absurde Praxis jetzt ein Ende und Displays dürfen auch längerfristig an festen Standorten eingesetzt werden.

Termine/Kontakte Februar 2025

Fraktionssitzungen: 10.02.2025, 17.02.2024, 24.02.2024, 03.03.2024 jeweils 18.00 Uhr im Lothar-Bisky-Haus, Alleestr. 3 (parteiöffentlich)

Nächste Stadtverordnetenversammlung: 5. März 2025, 15:00 Uhr, IHK Potsdam, Breite Str. 2A – C

KONTAKT: Fraktionsgeschäftsführung
E-Mail: dielinke@rathaus.potsdam.de
Tel.: 0331 289 3048, Friedrich-Ebert-Str. 79/81
in 14469 Potsdam

IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam
Bei Fragen wenden Sie sich bitte
unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
Fraktion Die Linke; Friedrich-Ebert-Straße 79/81; 14469 Potsdam
E-Mail: DieLinke@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 48 Fax: 0331/289 31 19
Redaktion:
Isabelle Vandre (v.i.S.d.P.), Ida Wiesigstrauch (Geschäftsführerin)
Druck: Nordostdruck

„...hat das Recht verwirkt, sich noch ein guter Deutscher zu nennen!“

Karl Liebknechts historische Wahl im „Kaiserwahlkreis“ 1912

Karl Liebknecht und Potsdam – das war nicht irgendwas. Liebknecht war als Sohn des SPD-Gründers Wilhelm Liebknecht und Vertreter der SPD-Linken eine regelrecht Hassfigur für deutschnationale, kaisertreue und völkische Kreise. Und Liebknecht genoss schon allein wegen des Namens reichsweite Prominenz. Ausgerechnet im stets deutschnational wählenden „Kaiserwahlkreis“ (Osthavelland, Spandau, Potsdam) zur Reichstagswahl anzutreten, war mutig und eine ungeheure Provokation. Denn dieser Wahlkreis war symbolisch stark mit der Monarchie und dem preußischen Obrigkeitsstaat verbunden. Potsdam war nicht nur Residenzstadt des Kaisers, sondern auch eine Hochburg des konservativen Lagers, die vollgestellt war mit Symbolorten der Monarchie und Garnisonen des von Liebknecht so heftig bekämpften preußischen Militärs.

Bereits 1903 und 1907 war der junge Rechtsanwalt Liebknecht in diesem Wahlkreis angetreten, scheiterte aber stets. Seiner politischen Karriere tat das keinen Abbruch. Bereits 1908 wurde er als einer der ersten Sozialdemokraten überhaupt in das Preußischen Abgeordnetenhaus gewählt. Sein Mandat trat Liebknecht noch aus Festungshaft heraus an, in der er sich nach einer Verurteilung wegen Hochverrats wegen seiner Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ befand.

1912 verschoben sich dann die Gewichte. Liebknecht vermochte es nicht nur, die Arbeiterschaft (insbesondere in den Spandauer Industriebetrieben) für sich zu gewinnen. Er organisierte auch ein kluges Wahlbündnis mit der linksliberalen Fortschrittlichen Volkpartei, die zu seiner Wahl aufrief. Am 25. Januar 1912 triumphierte der Sozialdemokrat Karl Liebknecht dann bei der Stichwahl im Reichstagwahlkreis überraschend deutlich gegen den konservativen Potsdamer Oberbürgermeister Kurt Vosberg.

Der Wahl vorangegangen war eine Schmutzkampagne bürgerlich-konservativer Kreise gegen Liebknecht. So schrieb die „Potsdamer Tageszeitung“: „Wer in Potsdam, fast im Angesicht unseres geliebten Kaiserpaares [...] einem Sozen seine Stimme gibt [...] hat das Recht verwirkt, sich noch ein guter Deutscher zu nennen [...]“.

1914 war Karl Liebknecht zwar nicht der erste sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, der sich bei Abstimmungen über Kriegskredite dem Fraktionszwang entzog, er war aber der prominenteste und sichtbarste Ausbrecher aus der Burgfriedenspolitik der SPD-Führung. Den Auftrag, im Dezember 1914 im Reichstag offen gegen die Kriegskredite und damit gegen seine Fraktion zu stimmen, holte er sich im November 1914 von seinen Genoss*innen im Wahlkreis bei einer Zusammenkunft in Potsdam ab. Die Gedenktafel in der Hegelallee erinnert daran (FOTOS).

Liebknechts „Nein“ zum Krieg legte den Grundstein zur Spaltung der SPD und zur Entwicklung einer kommunistischen und linkssozialistischen Traditionslinie neben der Sozialdemokratie in Deutschland.

Norbert Müller

Milliardäre verpflichten, nicht die Jugend

In der Politik scheint es aktuell nur eine Richtung zu geben: Mehr Aufrüstung. Im Bundestagswahlkampf überschlagen sich die Forderungen nach einem enormen Rüstungsetat. Die Grünen fordern nun jährliche Rüstungsausgaben von 130 Milliarden Euro und mehr – das wäre ein Fünftel des gesamten Bundeshaushalts! Genauso werden die Rufe nach der Wiedereinführung der Wehrpflicht immer lauter. Die Union will eine allgemeine Dienstpflicht für alle Geschlechter, bei der die dann 18-Jährigen sich zwischen Bundeswehr und einem Zivildienst entscheiden müssen. Die SPD will ein Fragebogenmodell einführen, nach der 18-Jährige sich freiwillig für die Bundeswehr melden können und so viele eingezogen werden, wie „benötigt“. Melden sich zu wenige, wird Zwang eingesetzt.

Begründet wird das mit der angeblichen Notwendigkeit nach mehr „Kriegstüchtigkeit“ und damit, dass junge Menschen „auch mal“ einen Beitrag zur Gesellschaft leisten müssten. Da fragt sich nur, in welcher Realität Merz, Pistorius und co. leben. Eine ganze Generation hat für diese Gesellschaft während der Corona-Pandemie auf vieles verzichtet. Es sind vor allem Jugendliche und junge Erwachsene, die freiwillige Feuerwehren, Rotes Kreuz und andere Hilfsorganisationen gemeinsam mit den Babyboomern am Leben halten. Und es sind Jugendliche und junge Erwachsene, die bei Fridays For Future, antifaschistischen Initiativen oder den Jugendverbänden der Parteien politisch ordentlich mitmischen und die Demokratie lebendig halten – ganz ehrenamtlich.

Nein, junge Menschen müssen nicht zum Dienst an der Gesellschaft verpflichtet werden. Es sind vielmehr die Milliardäre, die auf Kosten aller anderen immer reicher werden. Besteuern wir die Reichen! Dann gibt es mehr Geld für die Zukunft junger Menschen: Gerechte Bildung, klimagerechter Umbau der Wirtschaft und bezahlbares Wohnen – statt Panzer und Kanonen. Am 23. Februar steht genau das zur Wahl: Aufrüstung oder eine gerechte Zukunft für alle. Die Linke steht für letzteres.

Marek Lipp, linksjugend ['solid]

Alle haben Angst vor...

Die AfD ist eine faschistische Partei, die offen die Demokratie abschaffen will. Sie fantasiert über die Deportation von Menschen, die nicht in ihr rassistisches, völkisches Weltbild passen. Was vor einem Jahr noch vehement bestritten wurde, steht jetzt auf ihren Wahlplakaten. Und auch die Superreichen wie Elon Musk können es sich mittlerweile leisten, sich offen zum Faschismus zu bekennen. Es ist höchste Zeit zu handeln! Denn für uns ist klar: Nie wieder ist jetzt.
Die AfD tut so, als würde sie die Interessen der „kleinen Leute“ verteidigen. Das ist falsch: Sie tritt nach unten und spielt Menschen in Not gegeneinander aus. Sie will Renten, Löhne und Mindestlohn senken.

Viele Menschen fühlen sich im Stich gelassen: Preise steigen, der Alltag funktioniert nicht mehr. Kein Wunder: Seit Jahren haben die Regierungen das Geld für bezahlbares Wohnen, Bildung, Pflege und Gesundheit eingefroren. Sie haben Steuern für die Reichen gesenkt und sich dem Diktat der Schuldenbremse unterworfen. Bis in die Kommunen hinein werden die Interessen von Teilen der Bevölkerung ge-gen die anderer gestellt. Das erleben wir mittlerweile leider auch in Potsdam hautnah.
Die anderen Parteien verfallen leider immer wieder dem Irrglauben, dass der AfD beizukommen ist, indem wir uns ihren Forderungen annä-hern und leider lässt sich diese Annäherung bereits ganz praktisch bis in Grüne und SPD hinein beobachten.
Wir glauben fest, dass Soziale Gerechtigkeit das wirksamste Rezept gegen die AfD ist. Wir werden niemals das Lied des Hasses singen. Wenn alle anderen nach rechts gehen, bleiben wir links!

Die Linke prüft kostenlos die Heizkostenabrechnung

Worum geht’s?

Viele Vermieter rechnen die Heizkosten falsch ab. Wenn es in deinem Haus keinen zentralen Wärmemengenzähler gibt, dann haben Mieter*innen gegenüber dem Vermieter pauschal ein Kürzungsrecht der Heiz- und Warmwasserkosten um 15 %. Schick uns deine Rechnung, damit wir sie für dich prüfen können. Wir helfen dir, dein Geld zurückzufordern!

Warum macht Die Linke das?

Viele Menschen wissen nicht mehr, wie sie ihre Miete bezahlen sollen. Die Vermieter erhöhen die Preise und alle anderen haben Angst vor der nächsten Heizkostenabrechnung im Briefkasten. Auf die abgehobene Politik ist kein Verlass, um gegen Großvermieter und Wohnkonzerne vorzugehen. Die Linke ist anders: Wir kämpfen gegen die Mietenabzocke – damit du wieder leben kannst.
Der Heizkostencheck ist ein Angebot der Partei Die Linke. Er ist ein erster konkreter Schritt, um den Mietenwahnsinn wieder unter Kontrolle zu bringen. Gemeinsam kümmern wir uns umeinander.

Mach hier den Check:

https://www.die-linke.de/mitmachen/kampagnen/heizkostencheck

Wir brauchen eine starke Linke im Bundestag

Konstantin Wecker startet persönlichen Aufruf zur Wahl der Linken am 23. Februar 2025

Wir brauchen ab sofort eine neue Bewegung für die Menschlichkeit überall in der Gesellschaft, die sich auch auf den Straßen und in den Parlamenten Gehör verschafft. In diesen schrecklichen Zeiten von Kriegen, Rechtsruck und neoliberaler Ausbeutung von Mensch und Natur brauchen wir dafür auch eine starke Linke im nächsten Bundestag.

Wir brauchen viele glaubwürdige, mutige und unbestech-liche Menschen … im Bundestag, die sich für eine sozial gerechte Gesellschaft und für die Interessen der Mehrheit der Menschen stark machen. Deshalb werde ich … die Linke und ihre neue Parteispitze Jan van Aken und Ines Schwerdtner wählen. Auch deshalb, weil im Bundestag nur Die Linke Despoten wie den Nato-Partner Erdogan offen kritisieren und das selbstverwaltete Rojava in Nordsyrien wie ich unterstützen.

*Diesmal sind beide Stimmen für Die Linke und ihre Kandidat*innen wichtig und nötig. … Mit einem starken Wahlkampf und unserer kritisch-solidarischen Unterstützung kann Die Linke mindestens 5 Prozent schaffen und auf jeden Fall mit mindestens drei Direktmandaten wieder in den Bundestag einziehen mit möglichst vielen neuen Abgeordneten.*

Wir brauchen … überall glaubwürdige und mutige Menschen, die sich für unsere Vision von sozialer Gerechtigkeit und einer

*solidarischen Welt stark machen. Integre Persönlich-keiten, die sich für die Interessen der Vielen, der Ärmsten und der sozial Schwächsten konkret einset-zen: Für den Schutz von Mieter*innen und für bezahl-baren Wohnraum, für menschenwürdige Löhne, Renten und eine echte Vermögenssteuer, für die Unteilbarkeit der Menschenrechte, gegen jeden Krieg, gegen Waffenhandel und Rüstungsexporte in Kriegsgebiete und gegen die militaristische Logik der Herrschenden von Putin über Xi, Erdogan bis Trump und die neuen deutschen Krieger ob grün oder brombeerfarben.*

Ich wünsche der Linkspartei und uns allen einen mutigen und lauten Wahlkampf für eine gerechtere Gesellschaft, für gleiche soziale Rechte für alle Menschen weltweit. Lasst uns gemeinsam, solidarisch und stets auch offen selbstkritisch auf unserem Weg in eine herrschaftsfreie und friedlichere Welt weitergehen.

Auszüge aus: https://wecker.de/ein-persoenlicher-aufruf-zur-wahl-der-linken-bei-der-naechsten-bundestagswahl-am-23-februar-2025

Termine PaS Februar

Die Linke vor Ort - Infostände
große oder kleine Fragen und Ideen, komm vorbei, wir hören zu statt nur zu reden!

04.02. 15-16:30 Uhr, *Keplerplatz*, 07.02. 16-18:00 Uhr: *Kaufland, Zeppelinstraße*

08.02. 10-12:00Uhr, *Bassinplatz und Weberplatz*

13.02. 15:30-16:30 Uhr, *REWE Kirchsteigfeld*

13.02. 16-18:00 Uhr, Bhf. *Golm*

15.02. 10-12:00 Uhr, *Marktcenter, Breite Straße* UND *Bassinplatz,* 11-13:00 Uhr, *Rathaus Babelsberg*

20.02. ab 15:00 Uhr, *Platz der Einheit*

21.02. ab 16:00 Uhr, *Kaufland, Zeppelinstraße*

22.02. ab 10:00 Uhr, *Marktcenter, Breite Straße* UND *Bassinplatz,* ab 11:00 Uhr, *vorm REWE Schlaatz*

Veranstaltungen

10.02. 19 Uhr, *rotbloq, Zeppelinstr. 7*
Neumitgliedertreffen, auch für Sympathisant:innen

11.02. Einlass: 19:30 Uhr *Thalia Kino*
Schulter an Schulter – Antifa, gemeinsame Aufführung mit Regisseur Marco Heinig und Isabelle Vandre, Eintritt frei

23.02. ab 17 Uhr, *Lothar-Bisky-Haus, Alleestr. 3*
Die Linke Wahlparty, Eintritt frei